Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen

Postscheckkonto: Dresden 1589
Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 283. Freitag, 7. Dezember 1923, abends. 76. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt **erscheint jeden Tag** abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 1.—7. Dezember 1000 Milliarden M. einschl. Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Rechtsgültige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle: Goethestraße 59.**
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa

Die Entscheidung im Reichstage auf Sonnabend vertagt.

Die Zweidrittelmehrheit aller Abgeordneten nicht vorhanden.

)(Berlin. **Da in der Donnerstagsitzung des Reichstages, die die Schlußabstimmung über das Ermächtigungsgesetz bringen sollte, die Anwesenheit von zwei Dritteln aller Abgeordneten nicht vorhanden war, wurde ein Antrag angenommen, die endgültige Abstimmung auf Sonnabend nachmittag 2 Uhr zu vertagen. Man hofft, bis dahin die erforderliche Zahl von Abgeordneten zusammenzubringen. Der Grund für das Fehlen der Abgeordneten ist neben der Nichtbeteiligung der Deutschnationalen ein starkes Anwachsen der Opposition in der Sozialdemokratie.**

* * *

Der Sitzungsbericht.

vbz. Berlin, den 6. Dezember.

Die Regierungstische sind leer.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 25 Min. und teilt mit, daß der Reichsminister des Innern um die Genehmigung zur **Strafverfolgung des Abg. v. Graefe** (Dt.-völk.) und der kommunistischen Abgg. **Koenen, Remmele und Frau Zetkin wegen Hochverrats** nachgesucht hat. Der Präsident schlägt vor, diese Anträge dem Geschäftsordnungsausschusse zu überweisen.

Abg. v. Graefe (Dt.-völk.) bittet, diesem Vorschlage nicht zuzustimmen, sondern verlangt sofortige Entscheidung. Der Reichstag solle sogleich der **Aufhebung der Immunität** zustimmen, damit die Streitfrage entschieden werden könne. Aehnlich sei auch im Falle Traub verfahren worden.

Auf Anregung des Präsidenten wird die Entscheidung über diese Frage für einen späteren Punkt der Tagesordnung zurückgestellt.

Der Gesetzentwurf zur Verlängerung des **vorläufigen Handelsübereinkommens mit Spanien** wird ohne Aussprache angenommen, ebenso die Vorlage über die **Erstattung von Reisekosten an Handelsrichter**, ferner die Vorlage über die **Erstattung von Prozeßkosten** sowie der Gesetzentwurf zur **Verlängerung der Zuckerungsfrist der Weine** des Jahrgangs 1920 bis zum 30. Juli 1924.

•

Dritte Lesung des Ermächtigungsgesetzes.

Auf der Tagesordnung steht dann die **Abstimmung über das Mißtrauensvotum der Kommunisten**, das folgendermaßen lautet: „Die Reichsregierung hat nicht das Vertrauen des Reichstages, dessen sie nach Art. 54 der Reichsverfassung bedarf." Verbunden damit ist die dritte Beratung des Ermächtigungsgesetzes.

Ein Antrag auf namentliche Abstimmung über das Mißtrauensvotum wird nicht genügend unterstützt. **Das Mißtrauensvotum** wird darauf gegen die Kommunisten, die Deutschvölkischen und die Ledebour-Gruppe, im Ganzen gegen etwa 11 Stimmen, **abgelehnt.**

In der allgemeinen Aussprache zur dritten Lesung des Ermächtigungsgesetzes erhält zunächst das Wort Abg. Wulle (Deutschvölk.). Er wirft der Sozialdemokratie vor, sie bekümmere sich zu wenig um die Zwirnsfäden der Verfassung und beweise damit, wie wenig Achtung sie vor der Weimarer Verfassung habe. Redner wendet sich dann **gegen das Ermächtigungsgesetz.** Schon mit dem ersten Ermächtigungsgesetz sei eine Wirtschaftspolitik durchgesetzt worden, die an die übelsten Zeiten des Manchestertums erinnere. Der Bankkapitalismus habe alle Regierungsgewalt an sich gerissen und die Arbeitnehmer und die schaffenden Stände in der rücksichtslosesten Weise ausgebeutet. **In Deutschland wird alles reicher, was rafft, und alles ärmer, was schafft.** (Präsident Löbe ersucht wiederholt die Beisprechungen der Fraktionsführer, die fortwährend in der Nähe der Rednertribüne stattfinden, außerhalb des Sitzungssaales zu führen.) Das erste Ermächtigungsgesetz sei ein Schutzgesetz für den jüdischen Bank-Kapitalismus gewesen. Mit dem jetzt vorgeschlagenen sei dieselbe Absicht verbunden. Der Redner wendet sich dann **gegen die Art des Beamtenabbaues**, vor allem gegen den Abbau des technischen Aufsichtspersonals. Abgebaut werden könnte bei den sozialdemokratischen Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und in den Ministerien. Im preußischen Justizministerium sei z. B. der jüdische Referent Dr. Rosenfeld mit seinen vielen jüdischen Assessoren zu entbehren. Auch in den Finanzämtern könnte erheblich abgebaut werden. Die aus dem Ruhrgebiet vertriebenen Beamten sollten dagegen schleunigst wiedereingestellt werden. Während die südlichen Bunken immer neue prunkvolle Paläste errichten, gehen die wissenschaftlichen Forschungsinstitute an einer falschen Sparpolitik zugrunde.

Abg. Fehr (Bayer. Bauernbund): Der **Bayerische Bauernbund muß dem Ermächtigungsgesetz seine Zustimmung versagen**, weil wir befürchten, daß die unter diesem Gesetz ergehenden steuerlichen Maßnahmen die Interessen des bäuerlichen Mittelstandes nicht genügend berücksichtigen werden. Zum Reichskanzler und seinem Kabinett haben wir das Vertrauen, daß die in Aussicht gestellten Verhandlungen mit den Ländern in durchaus versöhnlichem Sinne geführt werden. Wenn aber durch das Ermächtigungsgesetz der Reichstag ausgeschaltet wird, so fehlt uns die Möglichkeit, diese Verhandlungen in föderalistischem Sinne zu beeinflussen. Wir lehnen deshalb das Ermächtigungsgesetz ab, obwohl wir zu der Regierung das Vertrauen haben, daß sie vaterländisch fühlend bestrebt sein wird, die Autorität des Staates nach jeder Richtung zu sichern.

Abg. Ledebour (U.S.) verurteilt in längeren Ausführungen das **Verhalten der Sozialdemokratischen Partei gegen den früheren sächsischen Ministerpräsidenten Zeigner**, der von seinen Parteigenossen sofort preisgegeben worden sei, als die ersten Beschuldigungen gegen ihn erhoben wurden. Der Redner wendet sich dann gegen die **Verbote der kommunistischen und deutschvölkischen Partei.** Er wird vom Präsidenten wiederholt ersucht, zum Ermächtigungsgesetz zu sprechen.

Abg. Hildebrand (Soz.) wendet sich gegen einige Ausführungen in der Rede des Abg. Wulle. Diese Rede sei eine Wahl- und Brandrede gewesen. Die Völkischen, die anderen Abgeordneten gern Diätenfucht vorwerfen, seien die Eifrigsten beim Einziehen der Diäten. Die Sozialdemokratie müsse es auch ablehnen, vom Abg. Ledebour Anstandsregeln über ihr Verhalten im Falle Zeigner entgegenzunehmen.

Abg. Stoecker (Komm.): Selten sind so heuchlerische Reden gehalten worden wie gestern in der **rheinischen Frage** von den Sprechern der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie im Preußischen Landtag. **Es ist nur eine Frage von zwei bis drei Wochen, daß wir eine autonome rheinische Republik bekommen**, die nur in sehr losem Zusammenhang mit dem Reiche und in keinem Zusammenhang mit Preußen steht. Die Träger dieser sehr gefährlichen Entwicklung sind nicht die Arbeiter, sondern die Reichsregierung, die Schwerindustrie, die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokraten. (Widerspruch bei den Soz.) Nachdem die Schwerindustriellen das deutsche Volk ausgeplündert haben, wollen sie ihren Raub unter die Fittiche des französischen Imperialismus retten. Ein Rheinstaat mit eigener Währung und eigenen Eisenbahnen ist nicht mehr ein wirkliches Glied des Deutschen Reiches. Die sozialdemokratischen Arbeiter haben bisher gemeinsam mit uns gegen diese Pläne angekämpft, die sozialdemokratischen Führer aber haben eine sehr schwankende Haltung eingenommen. (Widerspruch bei den Soz.) Ich frage den Abg. Meerfeld, ob er nicht beteiligt war an der Besprechung mit dem französischen General Tirard über eine Aenderung des staatsrechtlichen Verhältnisses der Rheinlande. (Hört, hört bei den Kommunisten.) Die Kommunistische Partei wird solche Bestrebungen nie mitmachen. Die Sozialdemokratie will mit ihrer Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz dem Strafgericht der Arbeiterschaft ausweichen; aber dieses Strafgericht wird doch kommen.

Abg. Sollmann (Soz.) weist die kommunistischen Angriffe gegen die Sozialdemokraten in der rheinischen Frage zurück. Was Abg. Stoecker darüber vorgebracht hat, sei frei erfunden. Die Sozialdemokratie halte daran fest, daß die Verbindung des Rheinlandes mit dem Deutschen Reiche und mit Preußen nicht gelöst werden dürfe. (Beifall.) Abg. Meerfeld hat dem General Tirard bei der Besprechung erklärt, wenn er über Loslösungspläne verhandeln würde, so würde er von der rheinischen Bevölkerung mit Recht totgeschlagen werden. Wir Rheinländer bleiben preußisch und deutsch. (Beifall.)

Abg. Guérard (Z.) erklärt, es sei unter seiner Würde, auf die Verleumdungen des Zentrums durch den Abg. Stoecker zu antworten.

Reichsfinanzminister Dr. Luther

nimmt dann Stellung zu einem inzwischen von den Deutschnationalen eingebrachten Antrag, wonach die Ermächtigung sich nicht auf die Aenderung der **währungsgesetzlichen Bestimmungen über die Rentenmark erstrecken soll.** Die Regierung stimmt mit der Absicht der Antragsteller, jede Gefährdung der Rentenmark unmöglich zu machen, völlig überein. **Der Weg der Inflation ist durch die Rentenmark verstopft. Der jetzige Preisabbau ist durch die Rentenmark verursacht.** Die Reichsregierung wird das Ermächtigungsgesetz nicht benutzen, um die prozentuale Belastung des Grundbesitzes usw. irgendwie zu erhöhen. Die Regierung bittet dennoch um Ablehnung des Antrages, weil die von der Regierung beabsichtigte **allmähliche Aufhebung der Zwangswirtschaft bei den Mieten** gewisse formale Aenderungen nötig machen könnte.

Abg. Dr. Reichert (Dntl.) ist durch diese Erklärung des Reichsfinanzministers befriedigt und verzichtet auf eine Abstimmung des Antrages seiner Freunde.

Abg. Fröhlich (Komm.) protestiert dagegen, daß die Kommunisten aus dem parlamentarischen Ueberwachungsausschuß ferngehalten werden sollen. Er wendet sich dann **scharf gegen die Methoden beim Beamtenabbau.** Er beantragt, den Ueberwachungsausschuß zum Ermächtigungsgesetz von 15 auf 21 Mitglieder zu verstärken.

Dieser kommunistische Antrag wird abgelehnt.

Angenommen wird ein Antrag der Mittelparteien, wonach der **Reichstagsausschuß** auch über Anträge zu Verordnungen auf Grund des alten Ermächtigungsgesetzes zu hören ist.

Dann folgt die **Abstimmung über den § 1** des Ermächtigungsgesetzes. Sie ist auf Antrag der Deutschnationalen namentlich.

§ 1 wird mit 282 gegen 79 Stimmen bei vier Stimmenthaltungen **angenommen.** Dagegen haben die Deutschnationalen, die Deutschvölkischen, der Bayer. Bauernbund, die Unabhängigen und die Kommunisten gestimmt.

§ 2 wird gleichfalls in namentlicher Abstimmung mit 278 gegen 81 Stimmen **angenommen.**

Präsident Löbe verliest hierauf einen Antrag des Zentrums, die entscheidende

Schlußabstimmung auf Sonnabend zu vertagen.

(Aha-Rufe und Gelächter, in die viele Tribünenbesucher einstimmen.)

Abg. Schulz-Bromberg (Dnatl.): Dieser **Antrag ist das Unglaublichste, was je vorgekommen** ist. Mitten in der Schlacht blasen Sie: „Das Ganze Halt!" Draußen wartet das Volk auf die Entscheidung. Sie aber, die Sie so oft von der Würde des Parlaments reden, bieten jetzt das allerblamabelste Schauspiel aus Angst vor den Wahlen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Koch-Weser (Dem.): Kaum jemand ist so wenig berufen, über die Würde des Parlaments zu reden, wie der Vertreter der deutschnationalen Fraktion. Wenn jetzt die Abstimmung aufgehoben werden muß, so sind die **Deutschnationalen daran schuld**, weil sie auf die Frage des Reichskanzlers, ob sie bei der Schlußabstimmung im Saale bleiben wollen, bis jetzt die Antwort verweigert haben. (Hört, hört.) Sie haben Sie das Parlament in eine Situation gebracht, wie sie sonst nur beim Pokerspiel oder Viehkauf üblich ist. Die Deutschnationalen treiben Schindluder mit den höchsten Interessen des Vaterlandes.

Abg. v. Graefe (Deutschvölk.) schließt sich dem Abg. Schultz-Bromberg an und hält es für unzulässig, mitten in der Abstimmung die Vertagung vorzunehmen.

Abg. Hergt (Dnatl.) weist die Angriffe des Abg. Koch zurück. Die Deutschnationalen hätten die Frage des Reichskanzlers nur deswegen noch nicht beantworten können, weil der Reichskanzler noch nicht gesagt hat, ob er wirklich auflösen will, was die Deutschnationale Volkspartei für durchaus notwendig hielte.

Abg. Becker-Arnsberg (Z.) wendet sich gegen die Obstruktionspläne der Deutschnationalen. Im besetzten Gebiet würden Neuwahlen jetzt eine schwere Gefahr für das Vaterland bedeuten.

Abg. Stoecker (Komm.) bestreitet das.

Die Vertagung der Schlußabstimmung auf Sonnabend wird hierauf gegen die Völkischen und Kommunisten beschlossen.

•

Ein Antrag Loebe (Soz.), wonach der parlamentarische Untersuchungsausschuß auch bei Reichstagsauflösung weiter arbeiten soll, wird mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit **angenommen.**

Die Anträge der Staatsanwaltschaft auf Ermächtigung zur Strafverfolgung **kommunistischer Abgeordneten** und des **Abg. v. Graefe** (Deutschvölk.) wegen Hochverrats werden, wie üblich, dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen. Ein Antrag v. Graefe, in seinem Falle sofort die Ermächtigung zu erteilen, wird abgelehnt.

Gegen 6 Uhr vertagt sich der Reichstag auf Sonnabend 2 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen neben der Schlußabstimmung über das Ermächtigungsgesetz das Reichstagswahlgesetz und das Gesetz über den Volksentscheid.

•

Die Auflösungsurkunde beim Reichskanzler.

)(Berlin. **Der Reichspräsident hat den Gedanken der Auflösung des Reichstages erwogen und die Auflösungsurkunde dem Reichskanzler in die Hand gegeben. Der Reichskanzler hat sich jedoch in Erwägung aller Umstände entschlossen, noch einmal in die Vertagung des Reichstages bis Sonnabend einzuwilligen, da heute höchstens fünf oder sechs Stimmen an der erforderlichen Zweidrittelsmehrheit fehlten. Sollten die fehlenden Stimmen bis Sonnabend nicht aufgebracht werden können, würde der Reichskanzler vor dem letzten Mittel der Reichstagsauflösung nicht zurückschrecken.**

)(Berlin. Nach Beendigung der gestrigen Reichstagssitzung beschäftigte man sich in parlamentarischen Kreisen vor allem mit der **Abschätzung der Möglichkeiten, am Sonnabend eine ausreichende Besetzung des Reichstags zusammenzubekommen**, um auch für den Fall eines Fernbleibens der Deutschnationalen von der Abstimmung das Ermächtigungsgesetz durchzubringen. Es stellte sich heraus, daß etwa 40 Abgeordnete während der gestrigen Abstimmung im Hause anwesend waren, die sich an der Abstimmung nicht beteiligten. Es wurde weiter festgestellt, daß sich eine große Anzahl Sozialdemokraten von der Abstimmung ferngehalten hat.

Mit dieser Tatsache beschäftigte sich die **sozialdemokratische Reichstagsfraktion**, die noch gestern abend zu einer Sitzung zusammengetreten war, und kam laut „Vorwärts" nach längerer Debatte zu folgendem Beschluß: „Die Mitglieder der Fraktion sind nur dann berechtigt, sich aus Gewissensgründen von einer von der Fraktion beschlossenen Abstimmung fernzuhalten, wenn nicht durch dieses Fernbleiben die Abstimmung der Fraktion in ihrem Erfolge beeinträchtigt wird." Ueber die Art der Anwendung dieses allgemein gehaltenen Beschlusses auf den gegebenen Fall soll in einer neuen Fraktionssitzung am Sonnabend vor der entscheidenden Abstimmung gesprochen werden. Ein Mitglied der Fraktion, der Abgeordnete Wilhelm Hofmann-Schmergendorf, der mit den Deutschnationalen und Kommunisten gestimmt hatte, wurde mit großer Mehrheit **aus der Fraktion ausgeschlossen.**

Ein gutes Weihnachtsgeschäft

sichert man sich durch regelmäßiges Inserieren im „Riesaer Tageblatt".

SLUB
Wir führen Wissen.